

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/244

22. Dezember 1975

Niemand braucht schwarz zu sehen!

---

Nüchterne politische Vorschau in das Jahr 1976

Von Albert Osswald  
Ministerpräsident des Landes Hessen

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Trotz aller Krisen: EG-Bilanz mit Aktivposten

---

Der europäische Gedanke hat noch immer Mobilisierungskraft

Seite 3 bis 5 / 112 Zeilen

Der Abgeordnete und das Strafrecht

---

Einschlägige Erfahrungen eines Parlamentariers mit seinen Mitbürgern

Von Wolfgang Schwabe MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 6 und 7 / 58 Zeilen

Die Absurdität des Terrors

---

Zum Anschlag auf das OPEC-Hauptquartier

Seite 8 / 33 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10  
Postfach: 180 488  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 28 37 - 38  
Telex: 05 28 046 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

**Niemand braucht schwarz zu sehen!**  
-----

**Nüchterne politische Vorschau in das Jahr 1976**

Von Albert Dawsald

Ministerpräsident des Landes Hessen

Widersprüchliche Aussagen und Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung sind geeignet, die Bürger zu verwirren. Dabei muß doch gerade jetzt jeder, der die Lage nüchtern und sachverständig beurteilt und analysiert, feststellen, daß wir im Grunde genommen Anlaß zu Optimismus haben, und daß Angst vor der Zukunft unseres Staates trotz mancher unbestreitbaren Schwierigkeiten unbegründet ist. Die Volkswirtschaften der führenden sechs westlichen Industrienationen befinden sich in einer aufwärts gerichteten Entwicklung - wenn auch zu berücksichtigen ist, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich langsamer vorstatten gehen wird, als die Zunahme des Bruttosozialprodukts.

Dabei muß die gute Ausgangslage der Bundesrepublik und auch des Landes Hessen für die Bewältigung der entstehenden Probleme hervorgehoben werden. Wir haben eine gute Infrastruktur, ein dichtes Straßen- und Nachrichtenübermittlungsnetz, ein gutes Bildungssystem; wir verfügen über ein ausgezeichnetes technisches und allgemeines Bildungsniveau; wir haben eine leistungsfähige Wirtschaft sowie eine stabile Währung mit den niedrigsten Preissteigerungsraten, und wir haben gesicherte soziale und demokratische Verhältnisse mit kooperationsfreundlichen Gewerkschaften, Arbeitnehmern und Unternehmern, die entschlossen mithelfen, den sozialen Frieden in unserem Land zu sichern. Und dies ist eine Ausgangsposition, um die uns die meisten anderen Länder beneiden.

Bei dieser Gelegenheit muß auch auf den jüngsten Bericht der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern hingewiesen werden. Dieser Bericht macht deutlich, daß sich die wirtschaftliche Lage auch durch die Wirkung der Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes weiter leicht verbessert hat. Natürlich bekommen wir den neuen Aufschwung nicht ohne eigene entschlossene und energische Maßnahmen. Dazu gehört auch ein gutes psychologisches Klima, in dem nicht diejenigen ungestraft das große Wort führen dürfen, die die Lage aus Kurzsichtigkeit und egoistischen politischen Gründen benutzen, um Angst und Panik zu erzeugen. Diese Leute schaden uns allen.

In den kommenden Jahren wird es folgende besonders dringliche Probleme geben:

- 1/ Statt 700 000 - wie in der Vergangenheit - werden in den kommenden Jahren bis 1985 jährlich rund eine Million junge Menschen in der Bundesrepublik die Schulen und Hochschulen verlassen und qualifizierte Berufsausbildungs- und Arbeitsplätze in der Wirtschaft und Verwaltung suchen. Bei der Lösung dieser Aufgabe ist eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, öffentlicher Hand

und der Arbeitsverwaltung erforderlich. Die Beschäftigung dieser Aufgabe wird freilich dadurch erleichtert, daß im gleichen Zeitraum die Zahl der das Berufsleben verlassenden Menschen in der Bundesrepublik in gleichem Maße ansteigt und im Zusammenhang mit der Neunachfrage bis Ende der 60er Jahre mit einer positiven Arbeitsmarktbilanz zu rechnen sein wird; d.h. es werden mehr Arbeitsplätze angeboten, als von deutschen Erwerbspersonen besetzt werden können.

- 2/ Die Anpassung an veränderte Marktrelationen wird die Wirtschaft unter einen starken Rationalisierungszwang stellen. Zur Wiederherstellung und Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes müssen Wirtschaft und Gewerkschaften eng zusammenarbeiten, um sicherzustellen, daß sich Rationalisierung und Umstrukturierung, Lohnpolitik und Personalabbau unter starker Berücksichtigung der Interessen aller Arbeitnehmer vollziehen. Es ist damit zu rechnen, daß im Bereich der gewerblichen Wirtschaft bis 1980 mehrere hunderttausend Arbeitsplätze verlorengehen.
- 3/ Wir müssen prüfen, ob wir für die jungen Menschen Arbeitsplätze auch dadurch öffnen können, indem wir den älteren Arbeitnehmern durch die Vorverlegung der Altersgrenze ein früheres Ausscheiden unter Wahrung ihrer Versorgungsansprüche ermöglichen.
- 4/ In der Bundesrepublik hat jeder das Recht der freien Berufswahl. Wir müssen jedoch auch von den jungen Menschen, insbesondere denen, die sich in einer akademischen Ausbildung an unseren Universitäten befinden, verlangen, daß sie, sofern sie eine Berufstätigkeit anstreben, bei ihrem Studium exakt prüfen, ob die angestrebten Berufsbilder ihnen eine sichere Chance für eine Beschäftigung bieten.

Wir werden in Zukunft auch beachten müssen, daß die Welt draußen von uns auch andere Angebote verlangen wird als bisher. Strukturveränderungen in unserem Export und in unserer Wirtschaft werden unerlässlich sein, Fertigungen von noch höherem technischem Niveau werden unsere Ausfuhr zunehmend bestimmen. Dies alles haben wir zu berücksichtigen. Aber ich bin sicher, daß wir gemeinsam alle diese Schwierigkeiten lösen können. Wir haben keinen Grund, schwarz in die Zukunft zu sehen - in keiner Beziehung!

(-/22.12.1975/li/pr)

+ + +

### Trotz aller Krisen: EG-Bilanz mit Aktivposten

Der europäische Gedanke hat noch immer Mobilisierungskraft

Europa hat ein schwieriges und turbulentes Jahr hinter sich, ein vielleicht noch entscheidenderes Jahr vor sich. Eine Bilanz europäischer Politik der vergangenen zwölf Monate zeigt, daß das Jahr 1975 in vieler Hinsicht ein Wendepunkt in der krisenreichen Geschichte der europäischen Integration darstellt. 18 Jahre nach Gründung der EWG steht endgültig fest, daß die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG) von sechs auf neun Staaten gelungen ist. Mit der überraschend hohen Mehrheit von zwei Dritteln hatten sich im Juni die Briten für das Verbleiben in der Gemeinschaft ausgesprochen. Diesem Ergebnis war allerdings ein wesentliches finanzielles Entgegenkommen der anderen acht EG-Länder, vor allem der Bundesrepublik, in der Frage der Brüsseler Beitragzahlungen an die EG-Kasse vorausgegangen.

So positiv die Erweiterung unter politischen, ökonomischen und historischen Aspekten auch anzusehen ist, so groß ist doch andererseits derzeit auch die Enttäuschung über die wenig konstruktive Rolle, die London in den drei Jahren seiner EG-Mitgliedschaft bisher gespielt hat. Wie von vielen befürchtet, konzentrieren sich England und Dänemark vor allem darauf, möglichst große finanzielle Vorteile aus den verschiedenen EG-Töpfen zu ziehen. An einer weiteren politischen Integration, die einen Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte bedeutet, haben beide Länder so gut wie kein Interesse. Ihre Bremsfunktion zeigt sich etwa bei ihrer Weigerung, das Europäische Parlament direkt zu wählen und es mit echten Befugnissen auszustatten. Ähnlich negativ ist ihre Einstellung zur Schaffung einer Europäischen Union, die ja nach dem Beschluß der Pariser EG-Gipfelkonferenz vom Dezember 1974 bis 1980 realisiert sein soll. So ist zu hoffen, daß Briten und Dänen ihre "europäische Lektion" bald besser beherrschen werden. Der britische Premierminister Wilson mußte jedenfalls auf dem EG-Gipfeltreffen Anfang Dezember 1975 in Rom einsehen, daß man nicht gleichzeitig alle Vorteile aus der EG-Mitgliedschaft und aus einer isolierten, überholten nationalen Politik einheimsen kann.

Auch die Solidarität der Partnerstaaten hat ihre Grenzen. Vor allem Bonn fragt immer mehr nach der Wirksamkeit der für Brüssel zu zahlenden Milliardenbeträge. Kanzler und Finanzminister haben sich mit dieser manch-

mal überzogenen Haltung wenig Freunde in der Gemeinschaft gemacht. Andererseits kann und will Bonn nicht der alleinige Zahlmeister Europas sein. Im abgelaufenen Jahr dürfte Bonn fast vier Milliarden DM netto für die anderen EG-Länder gezahlt haben. Ohne eine Annäherung im Lebensstandard zwischen den reicheren und den ärmeren Regionen sind auf die Dauer die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion und eine politische Union unmöglich. Als das größte Industrie- und Exportland profitiert die Bundesrepublik in hohem Maße von der EG. Fast 50 Prozent der deutschen Ausfuhren gehen in die Gemeinschaft. Dies bedeutet viele Millionen Arbeitsplätze.

Trotz Stagnation und ständiger Krisen gibt es in der EG-Silenz doch zahlreiche Aktivposten, vor allem in der Außenpolitik. Die EG sprach auf der Pariser Nord-Süd-Rohstoffkonferenz mit einer Stimme. Darin liegt ein Ansatz für eine gemeinsame Energiepolitik. Auch bei der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), im euro-arabischen Dialog und in den Vereinten Nationen treten die Neun geschlossen auf. Das gilt auch für die heikle Nah-Ost- und Mittelmeerpolitik, besonders gegenüber Spanien und Portugal. Im Februar 1975 wurde in Lomé, der Hauptstadt des afrikanischen Togo, ein Abkommen zwischen der EG und 46 Entwicklungsländern aus Afrika, dem Pazifik und der Karibik (AKP-Staaten) abgeschlossen. Dieser Vertrag bietet den ehemaligen Kolonien beträchtliche handelspolitische und finanzielle Vorteile, vor allem durch einen Entwicklungsfonds mit 11 Milliarden DM in fünf Jahren. Mit zahlreichen anderen Ländern hat Brüssel Handelsabkommen geschlossen. Nach dem vor kurzem auch Peking einen Botschafter zur EG geschickt hat, sind in Brüssel 103 Staaten diplomatisch vertreten. Das wieder zur Demokratie zurückgekehrte Griechenland hat im Juni einen Antrag auf volle Mitgliedschaft in der EG gestellt. Die Türkei, Portugal und Spanien dürften bald folgen.

Diesen Aktiva in der Außenpolitik stehen weniger günstige Ergebnisse in der inneren Entwicklung der EG gegenüber. Es hat den Anschein, daß sich die europäische Dynamik nach außen verlagert hat, je dorniger der Weg einer

gemeinsamen Integrationspolitik im Innern wurde. Das Ansehen der EG in der Welt ist daher auch viel größer, als es die 260 Millionen EG-Bürger angesichts der ständigen Streitereien in Brüssel vermuten würden.

Im institutionellen Bereich sind immerhin einige Fortschritte zu verzeichnen: Das Europaparlament wird 1978 direkt gewählt; der belgische Premierminister Tindemans wird Anfang 1976 seinen Bericht über die Europäische Union vorlegen; die Staats- und Regierungschefs der EG-Länder treffen sich dreimal jährlich als Europäischer Rat; ab 1978 soll es einen einheitlichen Europapass in der EG geben; die Haushaltspolitik soll sparsamer und besser kontrolliert werden (europäischer Rechnungshof und EG-Finanzkommissar). Auf der anderen Seite ist das große Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion so gut wie abgeschrieben. In der Währungspolitik sind die EG-Länder nach wie vor gespalten. Ein Hang zum Protektionismus ist unverkennbar. Immerhin ist es gelungen, sich auf Ankurbelungsmaßnahmen zur Überwindung der EG-weiten Wirtschaftsfleuten zu verständigen. In zwölf Monaten ist die Zahl der Arbeitslosen in der Gemeinschaft von 3,5 auf 5 Millionen gestiegen, davon sind mehr als 1,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren. Das Bruttosozialprodukt ist gleichzeitig um 2,5 Prozent zurückgegangen, während die Inflationsraten zwischen 6 (Bundesrepublik) und 26 Prozent (Großbritannien) schwanken. Mit Hilfe des Europäischen Sozial- und Regionalfonds versucht Brüssel, einen Beitrag zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Inflation zu leisten. Im November fand erstmals eine Art "konzentrierte Aktion" auf EG-Ebene statt, an der die Sozialpartner, die Regierungen und die EG-Kommission teilnahmen. Ebenfalls im November hat die Kommission ein Grünbuch über die Mitbestimmung in der Gemeinschaft vorgelegt.

Die vielkritisierte EG-Agrarpolitik harret immer noch auf eine Reform. Das grüne Europa verschlingt über 70 Prozent des EG-Haushalts, (rund 20 Milliarden DM), während für andere wichtige Bereiche kein Geld vorhanden ist. Allzu große Hoffnungen darf man sich hier jedoch nicht machen.

Die Völker Europas stehen nach wie vor dem gemeinsamen Markt und der europäischen politischen Einigung sehr positiv gegenüber. Dies hat die jüngste Brüsseler Meinungsumfrage in den neun Ländern ergeben. Danach sprechen sich 60 Prozent der Befragten für die Schaffung einer europäischen politischen Union bis 1980 und 64 Prozent für die Direktwahl des Europäischen Parlaments aus. Eine wachsende Mehrheit der Bevölkerung ist für den gemeinsamen Markt, wobei zum ersten Mal auch in England 60 Prozent Zustimmung erreicht wurde. In Italien ist die Europa-Begeisterung am größten, in Dänemark am geringsten. Für 1976 sollten die Politiker in Brüssel und in den Hauptstädten die Konsequenzen aus den europäischen Erwartungen ihrer Wähler ziehen.

Egon G. Heinrich  
(-/22.12.1975/wi/pr)

+ + +

Der Abgeordnete und das Strafrecht  
-----

Einschlägige Erfahrungen eines Parlamentariers mit seinen Mitbürgern

Von Wolfgang Schwabe MdG  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Viele Bürger haben viele Wünsche an den Abgeordneten. Im Falle eines Wunsches ist es natürlich auch immer "ihr" Abgeordneter; dies besonders dann, wenn die Anregungen und Vorschläge, aber auch die spezifischen Wünsche und Bitten sich auf strafrechtliche Probleme im allgemeinen oder im persönlichen Bereich beziehen.

Vorweg genommen seien alle jene Konflikte, in die heimatliche Mitbürger im Ausland oder in der DDR geraten sind. Wenn dann durch zügige Vermittlung des Abgeordneten das Auswärtige Amt hilfreich eingreift, wohl auch diese oder jene Telefon- oder Telexverbindung zum Betroffenen mit der Heimat hergestellt wird, dann bekommt man - wenn auch nicht immer so doch häufig - ein Wort des Dankes zu hören, wenn das Ungemach vorbei ist. Oft ist mit dem Dank freilich auch die Bitte um diskrete Behandlung des Falles verbunden. Eigene Fehltritte brauchen keine Publizität!

Vor allem wird der verständnisvolle Abgeordnete auf derartige Erfolgsmeldungen verzichten, wenn es sich um Problemfälle in der DDR handelt. Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen hilft, wo immer es möglich ist, rasch und nachdrücklich; aber jeder Eingeweihte weiß, daß man die Lösung solcher Fälle diskret behandeln muß. Als sich vor einigen Monaten ein süddeutscher Landesvater in Boulevardzeitungen wegen der Zusammenführung eines deutsch-deutschen Brautpaares mit Fotos feiern ließ, war mancher Abgeordnete versucht, alle seine einschlägig anstehenden Bürgerbitten nicht mehr an das immer hilfreiche innerdeutsche Ministerium, sondern an jenen wundermilden Ministerpräsidenten zu schicken. Gleichwohl, wir bleiben bei dem bewährten Weg möglichst lautloser Hilfe durch das Ministerium Egon Franke und danken durch Diskretion.

Nun aber zum heimatlichen Problem der Strafverfolgung von Gesetzesverletzungen. Ganz allgemein - in Versammlungen und am Bierisch potenziert - werden strenge und strengste Strafen verlangt. Untersuchungshaft

und Straffhaft werden als viel zu milde verketzert; wo immer irgend ein Straffälliger bis zum Prozeß aus der Untersuchungshaft entlassen wird, regt sich der Volkszorn.

Alles das wird entscheidend anders, wenn ein Bürger selbst oder ein Familienangehöriger betroffen ist. Dann plädieren er und seine Verwandten beim Abgeordneten für jegliche Form von Milde; für Verständnis für den armen Delinquenten, der nur durch schlechte Gesellschaft zufällig schuldig wurde. Wechselseitig wird über Ländergrenzen hinweg die Strafjustiz der gerade tätigen Landesbehörde hart kritisiert. Da wird die "autofeindliche" hessische Justiz der Grausamkeit bezichtigt; im badischen Nachbarland oder in der weinseligen Pfalz lasse man so einen kleinen harmlosen Sünder viel großzügiger einmal laufen oder sogar fahren. Oder umgekehrt: Der SPD-Abgeordnete aus Hessen solle sich endlich um den völlig unmöglichen Strafvollzug in Baden-Württemberg kümmern. Ein versierter Häftling verstieg sich zur Behauptung, im roten Bautzen "sitze" man besser als im "schwarzen" Baden! Menschlich, allzu menschlich!

Eine Besonderheit verdient allerdings noch der Erwähnung. Ein Großstadtmenach wird in aller Regel eine nicht zulange Freiheitsstrafe höchst diskret als Urlaubs- oder Geschäftsreise abwickeln. Auf dem Lande dagegen bleibt selbst bei wenigen Tagen Untersuchungs- oder Straffhaft ein geradezu unauslöschlicher Makel. Unvergessen bleibt eine wahre Begebenheit unserer kleinen Stadt: In der Ortsmitte unterhalten sich einige Bürger, als ein fremder Autofahrer nach einem gewissen - sagen wir "Müller" - fragt. Er war mit ihm bei den Soldaten, hat aber seinen Vornamen vergessen. Wer er groß oder klein, dick oder dünn, blond oder schwarz? Einem Bürger kommt die Erleuchtung. Das sei vermutlich der "Schorsch"! Welcher Schorsch? fragt ein anderer Bürger. Und zur präzisen, nur im Dorf denkbaren Definition erfolgt die alles klärende Antwort: "Das iss der, dem sein Vadder ewol gehockt hat."

(-/22.12.1975/wl/pr)

+ + +



## Die Absurdität des Terrors

---

### Zum Anschlag auf das OPEC-Hauptquartier

Dank der Souveränität und Umsicht des Österreichischen Bundeskanzlers ist in Wien vermutlich ein Blutbad vermieden worden. Die Geiselaktion auf das OPEC-Hauptquartier, das bisher politisch spektakulärste Unternehmen dieser Art, muß aber rundum tiefe Betroffenheit zurücklassen. Es geht dabei nicht nur um den äußeren Sicherheitsaspekt, um die Frage, wie ein halbes Dutzend Terroristen eine ganze Konferenz hochkarätiger Repräsentanten eines der mächtigsten Kartelle dieser Erde kidnappen konnten, sondern es wird hier auf das bedrückendste deutlich, wie unkontrollierbar - weil irrational - die Komponente des Terrors ist.

Schadenfreude darüber, daß hier einmal auch Araber und noch dazu "Ölscheiche" als Geiseln erhalten mußten, wäre töricht. Andererseits mag dieser Umstand mancherorts vergegenwärtigen, daß es kurzsichtig ist zu glauben, sich des Terrors als politisches Instrument bedienen oder ihn jedenfalls tolerieren zu können. Zu dem hervorragend exemplarischen Charakter dieses Geiseldramas (Irrationalität des Terrors) gehört es, daß über die politische Zielsetzung seiner Akteure zunächst die widersprüchlichsten Spekulationen angestellt wurden. Während von konservativer Seite (die französische "Aurore" z. B.) gemutmaßt wurde, bei dem Anschlag des bisher unbekanntem "Arms der arabischen Revolution" handle es sich nicht nur um die extremistische Kampfansage gegen jede Politik friedlicher Konfliktlösung gegenüber Israel, sondern um einen Angriff auf die "liberalen Regime des Nahen Ostens", auf den arabischen Kapitalismus, behauptete Radio Prag, die Aktion sei "ein Werk der zionistischen Verschwörung gegen die Einheit der arabischen Länder". Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die mittlerweile auf politische Salonfähigkeit setzt, meinte, es spräche einiges dafür, den "amerikanischen Imperialismus" für den Überfall verantwortlich zu machen, der ein Versuch sei, die OPEC zu zerschlagen und dem arabischen Ansehen zu schaden.

Hinter der Szene menschenverschtender Gewalt leuchtet die Absurdität auf. Mit Terror läßt sich auf die Dauer keine Politik machen. Nur weltweite Solidarität kann Terror erfolgreich bekämpfen. Dies muß nach dem Anschlag von Wien allen bewußt geworden sein.

Claus Preller  
(-/22.12.1975/wi/pr)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller